

Energiewende: Der dritte Weg zum Sozialismus

geschrieben von Langeheine | 14. Februar 2013

Doch wenn Politiker antreten, diesen Glauben den Menschen überzustülpen, ihn quasi als Staatsreligion zu verankern und damit als neues Herrschaftsinstrument einen Steuerungsmechanismus künstlich herausgegriffener Stoffkreisläufe festzuschreiben zu wollen, sollten gerade in Deutschland die Alarmglocken läuten.

Doch trotz aller diesbezüglich negativer Erfahrung in unserer deutschen Geschichte läuten die Glocken nicht!

Das abermalige Scheitern der Klimakonferenz in Doha mit weiterer Ablehnung einer Erweiterung des Kyoto-Abkommens durch die USA, Kanada, Japan, China, Japan, Brasilien und neuerdings auch Rußland lässt den fragwürdigen Weg Resteuropas, (mit 15% des Weltenergieverbrauchs) unter Führung Deutschlands, mit seinem Wunsch: „Am europäischen grünen Wesen soll die Welt genesen“ im richtigen Licht erscheinen: Der Wunschtraum von Kyoto wird vom Rest der Welt nicht geteilt, Europa ist isoliert. Die Gefahr, dass sich Europa in einigen Jahren am Rande der Weltwirtschaft wiederfindet, ist groß.

Deutschland scheint auch weltweit das einzige Land zu sein, -dank weitgehender Gleichschaltung seiner Medien-, dessen politische Führung sich rückversicherungsfrei in das Abenteuer Energiewende stürzt und damit den Weg frei macht für die Ziele des „Club of Rome“. Deutschland bemüht sich in vorauseilendem Gehorsam, so schnell wie möglich von der politischen Bildfläche zu verschwinden.

Es sind sicher nur einige grüne Illusionisten, die diese Zukunft für Deutschland und Europa gut heißen, aber im Zuge des Konformitätsdrucks, dem „main stream“ zu folgen, unterstützen auch intelligente Menschen und seriöse Unternehmen die Argumente politischer Rattenfänger. Immer mehr Wähler stimmen für eine ökologisch begründete Umverteilungspolitik mit sozialistischen Merkmalen, die letztlich die große Mehrheit viel ärmer macht, einigen Wenigen, der neuen „Nomenklatura“, jedoch immense Gewinne verschafft. Auch das zeigen uns die Resultate des sog. wissenschaftlich begründeten Sozialismus in der ehemaligen DDR und den Sowjetstaaten.

Es wird kaum erkannt, dass sich die grüne Partei mit den erneuerbaren Energien ein trojanisches Pferd geschaffen hat, mit dem sie inzwischen in der Mitte der Bevölkerung Fuß gefasst hat. Das sog. Waldsterben hat diese Ziel verfehlt und nach kurzer Zeit seinen Schrecken verloren, da der Wald nicht gestorben ist, die erneuerbaren Energien werden jedoch die Wähler für lange Zeit einfangen. Ihre Investitionen und ihre sozial unverantwortlichen langfristigen Zusatzeinnahmen von ihren Hausdächern oder Wiesen können langfristig nur durch die Unterstützung grüner Politik gesichert werden. Die Parteien kommen an dieser Klientel nicht mehr vorbei. Die SPD war die erste, die dem grünen Wahn nachlief, neuerdings folgen auch CDU/CSU und FDP im Buhlen um die Gunst dieser Wählerschicht.

Aber um das Klima geht es den Verantwortlichen beim Energiekonzept der Bundesregierung nicht wirklich. Zwanzig Jahre nach dem Zusammenbruch des „Ostblocks“ geht es wieder um die Umsetzung einer Planwirtschaft zu Gunsten von Ideologien und Staat, und die grüne Ideologie ist der Motor dieser Bewegung.

Die Ziele der Energiewende, den Primärenergieverbrauch in Deutschland bis zum Jahr 2050 um 50% zu senken, ähnelt der Zielsetzung kommunistischer Fünfjahrespläne, hätten aus der Feder des Zentralkomitees der SED stammen können und tragen den Keim eines Selbstzerstörungsprogramms für Deutschland in sich.

Verführt durch den Buchhaltungstrick, wesentliche, 1990 noch emittierende (inzwischen stillgelegten) Unternehmen der DDR- Industrie in die Gesamtdeutsche Kohlendioxidbilanz einzubeziehen, steht Deutschland in Bezug auf die Kyoto- Zusage glänzend da. Doch das ist Augenwischerei, inzwischen stagniert in Deutschland die Kohlendioxidemission bei Werten um 900 Millionen Tonnen, bei ca. 3% des weltweiten Kohlendioxidausstoßes. Trotzdem „fühlt“ sich Deutschland aufgerufen, als Weltverbesserer aufzutreten.

Der Investitionsbedarf für den Ersatz von 18% (ca. 2,5 EJ) des deutschen Primärenergiebedarfs (14 EJ) durch sog. erneuerbare Energien beläuft sich nach Schätzungen des Bundesumweltministeriums auf ca. 200 Milliarden €. Sollte auch nur der bis 2050 weltweit zusätzlich anfallende Energiebedarf von ca. 400 EJ (1 EJ sind 278 Billionen kWh) auf „erneuerbare Energien“ umgestellt werden, sprechen wir von einem Investitionsvolumen von ca. 32 Billion €.

Es bedarf keiner besonderen Weitsicht, wenn dieses Geldvolumen Staaten, Banken und auch den müdesten Unternehmer über die Geschäftsmöglichkeiten auf der Basis dieser „Energiewende“ nachdenken und Gesetze formulieren lässt, an dieses Geldvolumen heranzukommen. Dass dieser Prozess zunehmend auf Kosten der Freiheit der Bevölkerung geht, bleibt, durch entsprechende Einstimmung der Presse, vielen verborgen.

Einmal auf den Geschmack gekommen, wird auch nicht bei der Energieerzeugung Halt gemacht. Der Energieverbrauch muss intensiv in dieses Geschäft eingeschlossen werden, der Aussage von Bundeskanzlerin Merkel folgend: *„Energie ist heute zu billig... Es müssen aus meiner Sicht gezielt die Steuern auf Energie angehoben werden, sei es über Mineralöl, Heizgas oder Strom.“*

*Quelle „Frankfurter Rundschau“ 17. Juni 1997

Jetzt wird der Gebäudebestand als größtes Energieeinsparungspotential entdeckt. Immerhin entfallen rund 40% des deutschen Energiebedarfs auf diesen Bereich.

Da ca. 12 Millionen Wohngebäude noch aus Zeiten stammen, in denen keine Wärmeschutzverordnung galt, ergibt sich hier ein riesiges Potential für die „energiesparende“ Nachrüstung. Eine Investitionssumme in der Größenordnung von mehr als 1 Billion € winkt allein in Deutschland. Wen wundert es, wenn Staat, Industrie und Lobbygruppen von diesem Potential begeistert sind. Auch wenn die Zweifel groß sind, ob überhaupt eine Wärmedämmung von Häusern Heizkosten einspart und ob nicht die gesundheitsgefährdenden Nebenwirkungen, wie Schimmelbefall und

Fassadenbrände, eine größere aktuelle Gefahr für die Bewohner darstellen als ein „science fiction“ Weltuntergang, wird mit dem Energie-Einsparungs-Gesetz (EnEG) ein weiterer planwirtschaftlicher Eingriff in die Besitzrechte der Bevölkerung geschaffen.

Für den Hausbesitzer rechnet sich diese Investition energietechnisch zu seinen Lebzeiten nicht, so dass private Eigentümer wohl das Geld für die Befolgung der Energieeinsparvorschriften nicht freiwillig ausgeben würden. Deshalb war die Schaffung einer EnEV, der Energiesparverordnung vorprogrammiert, um dieses Geschäftsfeld nicht nur über Steuern auf die Energieträger sondern über staatliche Kontrollen zu erschließen. Wie lange werden in Deutschland noch private Eigentumsrechte Schutz vor Enteignungen auf der Basis von Öko- Utopien haben?

Nach dem Vorbild des während des kalten Krieges aktiven militärisch-industriellen-Komplexes bestimmen im aktuellen ökologisch-industriellen Komplex (ÖIK) nicht Angebot und Nachfrage die wirtschaftlichen Abläufe, sondern die Wünsche und Vorgaben von Politikern, Lobbyisten und Bürokraten in Form von angepassten Gesetzen und Verordnungen. So haben u. a. die Stromverbraucher kaum eine Möglichkeit, sich der staatlich verordneten Ausbeuterei zu entziehen. EEG- Gesetz, Risikobelastung der Verbraucher bei der Netzanbindung, Abschaltverbot für systemrelevante Kraftwerke etc. sind eklatante Beispiele einer nur mühsam verborgenen „Planwirtschaft“.

Zur Förderung der Öko- Industrie werden Bürger- und Besitzrechte staatstreichartig geändert, planwirtschaftliche Eingriffe in Wirtschaftsabläufe legalisiert und planungsrechtliche Hürden, die dem Schutz des Privateigentums dienen, beseitigt. Die Klimaangst und die Kohlendioxidhysterie liefern der Politik genügend Gründe für immer neue Vorschriften und Einschränkungen der persönlichen Freiheiten.

Als nachhaltiger Hebel dieses neuen politischen Herrschaftsinstruments wird das zuverlässigste Stromversorgungsnetz Europas, welches bisher die Grundlage unseres wirtschaftlichen Wohlstandes darstellte, in Frage gestellt.

Die allgemeine Verteuerung des Wirtschaftsfaktors Energie wird, ganz im Gegensatz zu den allgemein üblichen Behauptungen der Politiker und auftragsheischenden Instituten, unterm Strich viel mehr Arbeitsplätze zerstören als neue schaffen. Damit bewegt sich Deutschland in Richtung Deindustrialisierung. Neue Arbeitsplätze auf dem Gebiet erneuerbarer Energien entstehen heute mehrheitlich nicht in Europa sondern in China. Die deutsche Regierung aber hält stur an der von grünen Sektierern in die Welt gesetzten Fiktion fest, dass die Entwicklung der Global-Temperatur mit dem Kohlendioxidgehalt der Luft zusammenhängt und macht sich zum Vorreiter einer neuen Weltbewegung „Rettung der Menschheit vor dem drohenden Untergang durch die vom Menschen verursachte Kohlendioxidproduktion“.

Jeder Mensch mit einem einigermaßen ausgeprägten klaren Verstand sollte sich fragen, wieso ein Spurengas in der Luft, das Kohlendioxid, welches für das Leben der Menschen auf der Erde existenziell wichtig ist und welches in Treibhäusern als Wachstumsbeschleuniger für die Pflanzen in bis zu dreifacher Konzentration der Umgebungsluft zugegeben wird, als

klimaschädliches Gas eingestuft wird. Er sollte sich weiter fragen, warum sich dieses Spurengas im Widerspruch zu allen physikalischen Gesetzen in der oberen Atmosphäre anreichern und durch Wärmerückstrahlung zur Aufheizung der Erde beitragen soll. Dabei weiß doch jeder, dass es in großen Höhen kälter als auf dem Erdboden ist. Niemand hat erlebt, dass eine kalte Kaffeetasse eine daneben stehende wärmere Tasse noch weiter aufheizt. Was soll dieser physikalische Unsinn, der bereits unseren Kindern in der Schule vorgesetzt wird?

Es sollte zu denken geben, dass die Wasserdampf- Konzentration in der Luft, die gerade in der unteren Atmosphäre wesentlich höher ist als die Konzentration des Kohlendioxids, unser Wetter wesentlich beeinflusst und in den Treibhausphantasien kaum berücksichtigt wird.

Es sollte sich letztlich auch herumgesprochen haben, dass die Sonne etwa 10.000 mal mehr Energie auf die Erde überträgt, als die Menschen pro Jahr erzeugen. Damit verändert die menschliche Aktivität auf der Erde die Energiebilanz gerade einmal um 0,01%. Es ist schon reichlich unverfroren, den Menschen zu erklären, dass diese Störung in der Konzentration eines das Pflanzenwachstum fördernden Gases die Ursache für eine Klimakatastrophe sein soll und der Treibhauseffekt die Menschheit ausrotten könnte, wie eine deutsche Umweltministerin 1995 festgestellt hat. Bekanntlich entsteht durch den Stoffwechsel der Pflanzen aus dem Kohlendioxid der für unser Leben erforderliche Sauerstoff.

Es fehlt den sog. Klimawissenschaftlern, die ihre Verlautbarungen überwiegend auf Computersimulationen stützen, eine fachübergreifende Sicht der in der realen Welt ablaufenden Vorgänge. Die einfache Erfahrung eines Gewächshaus- Gärtners, der seine Erträge durch künstliches Einleiten von Kohlendioxid in die Gewächshausluft deutlich erhöhen kann, ist ein solch praktisches Beispiel, was die Welternährungsbehörde durchaus dazu verleiten sollte, eine höhere Kohlendioxidkonzentration in der Atmosphäre zu begrüßen, wenn sie nicht in den Aussagen des „Club of Rome“ gefangen wäre.

Das Märchen vom menschengemachten Klimawandel wird uns nun schon seit Jahren in immer neuen, an Gehirnwäsche erinnernden Versionen vorgesetzt, ohne gleichzeitig die gegenläufigen Resultate und Analysen renommierter Wissenschaftler auch nur zu erwähnen, geschweige denn, sie ernst zu nehmen. Im Gegenteil lautete eine Äußerung des Bundesumweltministers vor einigen Tagen: Das aktuelle Tempo des internationalen Klimaschutzes sei „absolut unzureichend“.

Dabei stört es die Regierung offenbar nicht, dass Windräder und Solarzellen unterm Strich keine einzige Tonne Kohlendioxid einsparen, weil sie mitlaufende „Schattenkraftwerke“ für wind- und sonnenarme Zeiten benötigen, da Stromspeichermöglichkeiten in großtechnischem Umfang nicht vorhanden sind und sich in überschaubaren Zeiten auch nicht installieren lassen. Es wird auf Biomasse bzw. Biosprit –Importe aus Übersee, sowie auf Nutzung ausländischer Pumpspeicherwerke für den Ausgleich der stark schwankenden Wind- und Solarenergieeinspeisung bei der Stromversorgung sowie Nutzung von ausländischen fossilen oder

kerntechnischen Stromquellen gesetzt. Immense Steuerbeträge werden in den deutschen Öko-Industriellen Komplex (ÖIK) geleitet, d.h. eine Umverteilung von Finanzmitteln, dem der deutsche Steuerzahler aus Angst vor dem eingeredeten Weltuntergang bereitwillig zustimmt und die in anderen gesellschaftlichen Aufgabengebieten wesentlich sinnvoller eingesetzt werden könnten. Doch das würde das neue Herrschaftsinstrument in Frage stellen.

Die Gleichschaltung von Presse und Politik, in der Andersdenkende schamlos als Klimaleugner bezeichnet werden, um diese in die Nachbarschaft straffälliger Holocaust- Leugner zu positionieren, kann kaum durch sachliche Diskussionsbeiträge aufgehoben werden, wie unsere leidvolle Vergangenheit zur Genüge beweist.

Auch Wahlen können sie nicht wesentlich verändern, da die Menschen in unserer Demokratie eine Katze im Sack kaufen. Gezwungen durch Koalitionsverträge oder nachträgliche Programmänderungen zum Machterhalt, wie es der durch die CDU/CSU/FDP vollzogenen Schwenk in der Frage der Kernenergie zeigt, überdauern Wahlzusagen in den wenigsten Fällen die Legislaturperioden.

Frei wählen können die Deutschen nur noch in Supermärkten.

Eine Politik, die darauf abzielt, die Menschen durch die Einführung von Zwangsabgaben ärmer zu machen und die Bürger durch den Aufbau neuer Umverteilungsbürokratien im Namen einer „besseren, sicheren Zukunft“ daran hindert, ihr Leben eigenverantwortlich zu gestalten und reale Vorsorge zu betreiben, führt zum Gegenteil der unentwegt beschworenen „besseren Zukunft“ für die Menschheit. Entsprechende Beispiele aus der Geschichte sind uns allen geläufig.

Der von Bundeskanzlerin Dr. Merkel im Frühjahr 2011 eingesetzte „Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung globale Umweltveränderung“ (WBGU) titelte sein Gutachten: „Gesellschaftsvertrag für eine große Transformation“

Der Kernsatz der Zusammenfassung für Entscheidungsträger lautet darin:

„ Der fossil- nukleare Metabolismus“ der Industriegesellschaft hat keine Zukunft“. Dringend nötig sei ein globaler Gesellschaftsvertrag, das heißt eine **Weltrevolution** durch eine „Global-Governance- Architektur“. „Die bisherigen großen Transformationen der Menschheit waren weitgehend ungesteuerte Ergebnisse evolutionären Wandels. Die historisch einmalige Herausforderung der nun anstehenden Transformation zur klimaverträglichen Gesellschaft besteht darin, einen umfassenden Umbau aus Einsicht, Umsicht und Voraussicht voranzutreiben“

Die große Transformation, der ökologische Umbau der Industriegesellschaft, auch als dritte Industrielle Revolution betitelt, ist die Realisierung des Sozialismus durch die Hintertür. Sie läuft darauf hinaus, die Marktwirtschaft durch eine Planwirtschaft zu ersetzen und damit der westlichen Zivilisation eine kommunistische

Kohlenstoffrationalisierung überzustülpen:

„ Wir verteilen durch die Klimapolitik quasi das Weltvermögen um. Man muss sich von der Illusion freimachen, dass Klimapolitik Umweltpolitik ist“ Die Äußerung des Chefökonom des Potsdamer Instituts für Klimaforschung (PIK), Prof. Dr. Ottmar Edenhofer , Interview NZZ 14. 11. 2010 spricht eine erschreckend deutliche Sprache.

Damit ist die grüne Politik nun endlich dort angekommen, wo sie ihre Führer aus dem kommunistischen Studentenbund haben wollten. Die grüne Einheitspartei aus CDU/CSU/ FDP, SPD und den ursprünglich Grünen liefert der Bevölkerung nun eine parteienübergreifende Begründung für die große Umverteilung. Doch die versteckten Ziele werden in der machtpolitisch gemischten „Einheitssuppe“ kaum wahrgenommen, und demokratische Spielregeln werden ohne erkennbaren gesellschaftlichen Protest außer Kraft gesetzt.

Diesen Ansatz hatten wir doch schon einmal in unserer Geschichte.....

Jürgen Langeheine

Buchempfehlung: Jürgen Langeheine: „Energiepolitik in Deutschland – Das Geschäft mit der Angst“, Athene Media Verlag, gebunden, Euro 16,98, 238 Seiten.